



Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Frage 1: Wie bewerten Sie die Ergebnisse des Akteneinsichtsausschusses?

Im Abschlussbericht wurde alles wiedergegeben, was in den öffentlichen Sitzungen besprochen wurde. Das Ergebnis spiegelt die Meinung des größten Teils der Ausschussmitglieder wider.

Die b-now war und ist immer noch nicht bereit anzuerkennen, dass Vorgänge in einer Kommune anders geregelt sind und gehandhabt werden, als in einem Unternehmen der freien Wirtschaft. Sie zweifelten deshalb Vorgehensweisen an, die aber nicht anzuzweifeln sind, sondern richtig waren. Z.B. das Interessenbekundungsverfahren. Dies war genau die richtige Vorgehensweise für diesen Fall, für die Verpachtung von Grundstücken. Ein Vergabeverfahren wäre hier nicht richtig gewesen. Dies wird bei öffentlichen Aufträgen der Stadt für Liefer-, Dienst- und Bauleistungen angewendet.

Während der diversen Sitzungen des Akteneinsichtsausschusses wurde klar dargestellt, dass weitestgehend alle relevanten Unterlagen und Informationen in den vier vorgelegten Ordnern abgeheftet waren. Fragen wurden jederzeit beantwortet. Unklarheiten geklärt.

Die Stadt hatte sich für die Beantwortung von diversen Fragen und Unklarheiten neben der juristischen Auskunft durch den Hessischen Städte- und Gemeindebund auch juristischen Rat bei der Rechtsanwaltsgesellschaft Heussen, bei Herrn Prof. Trautner, eingeholt. Dieser ist bereits seit ca. 20 Jahren für Neu-Anspach anwaltlich tätig.

In unseren Augen ist dies als positives und verantwortungsbewusstes Handeln anzusehen.

Der Abschlussbericht erklärt auch ganz deutlich, dass sich alle Beteiligten mit dem Thema Windkraft in Neu-Anspach sehr ausführlich beschäftigt und aufgrund vieler Informationen eine Entscheidung getroffen haben, die nicht angreifbar ist.

In unseren Augen wurde der Akteneinsichtsausschuss zum Teil für persönliche Interessen missbraucht und um wahllos Vorwürfe gegen das vergangene Parlament zu erheben. Diese haben sich aber alle als haltlos erwiesen. Es gibt keine Erkenntnisse für eine nicht ordnungsgemäße Vorgehensweise der Beteiligten. Der Gestattungsvertrag wurde rechtmäßig abgeschlossen.

Frage 2: Welche Empfehlung geben Sie den Bürgerinnen und Bürger für den Bürgerentscheid?

Bis heute ist für uns GRÜNE nicht nachvollziehbar, warum in Neu-Anspach so fanatisch gegen Windkraft gekämpft wird.

Magistratsmitglieder und Stadtverordnete wurden massiv verbal und körperlich bedrängt. Im Netz gab und gibt es Beschimpfungen, Beleidigungen, Verleumdungen und sogar Bedrohungen. Bürgerinnen und Bürger und auch Geschäftsleute trauen sich zum Teil nicht, offen damit umzugehen, dass sie für Windkraft sind, weil sie Angst vor eben solchen Beleidigungen und Drohungen oder gar

vor weiteren Konsequenzen haben. Eine derart feindselige Stimmung ist weder dem Thema noch unseren Bürgerinnen und Bürgern angemessen.

Nach der allgemeinen Entscheidung für den Atomausstieg und für die Energiewende, musste und muss dies auch umgesetzt werden.

Wir alle müssen uns dieser Verantwortung stellen.

Wir alle müssen unseren Beitrag dazu leisten.

Wir können dies jetzt vor Ort tun.

Wir müssen Möglichkeiten schaffen, unseren Kindern und Enkeln eine sauberere Umwelt zu hinterlassen.

Wir dürfen hier nicht egoistisch sein und Möglichkeiten verstreichen lassen, nur weil einem die Optik eines Windrades nicht gefällt.

Uns allen muss klar sein, dass wir mit unseren Lebensstandards immer irgendwo und irgendwie in die Natur eingreifen. Um dies so unschädlich wie möglich zu tun, müssen wir zu den derzeit vorhandenen Mitteln greifen. Wir können nichts vor uns herschieben, bis es evtl. andere, noch bessere Technologien gibt.

Die Möglichkeit der Gewinnung von sauberem Strom durch Windkraft ist eine der wichtigsten momentan.

Wenn genug Wind da ist und keine Artenschutzrechte oder andere Dinge dagegen sprechen und nach ausführlichen Prüfungen die Genehmigungen dafür erteilt werden, dann sollte man Windkraftanlagen zur Produktion von Strom auch nutzen. Auch im Wald.

Hier möchte ich noch einmal anmerken, dass der Neu-Anspacher Wald ein Nutzwald ist, der wirtschaftlich betrieben wird.

Auch wenn es heißt Naturpark Hochtaunus: Es handelt sich hier nicht um einen Nationalpark oder um ein Naturschutzgebiet, die ganz besondere Schutzrechte genießen.

Die Fläche in unserem Wald für die Windräder beträgt nicht einmal 1 %. Es werden auch nicht mehr Bäume gefällt, als sowieso gefällt und verkauft werden würden. Zudem wird es eine hochwertigere Aufforstung geben.

Die Stadt trägt auch keine finanziellen Risiken, wie die b-now nach wie vor steif und fest behauptet. Deshalb auch hier noch einmal: Die Stadt verpachtet nur die Flächen, auf denen die Windräder errichtet werden sollen. Am Bau oder dem Betrieb der Windräder ist die Stadt nicht beteiligt und trägt kein finanzielles Risiko.

Im Gegenteil: Für die Verpachtung der Flächen für die vier geplanten Windräder würde die Stadt eine garantierte Pacht von EUR 240.000,00 im Jahr bekommen.

Geld, das uns allen zu Gute kommt. Geld, das für die Sicherung von freiwilligen Leistungen dienen könnte.

Wir Neu-Anspacherinnen und Neu-Anspacher haben jetzt die Möglichkeit, vor Ort sauberen Strom zu gewinnen! Nutzen wir diese Möglichkeit. Lassen wir den Vertrag unverändert fortbestehen und lassen wir bei einer Genehmigung durch das Regierungspräsidium Windräder in Neu-Anspach bauen. Bitte stimmen Sie beim Bürgerentscheid mit JA!

Frage 3: Wie soll nach dem Bürgerentscheid eine konstruktive Zusammenarbeit entstehen?

Wir haben im Stadtparlament immer konstruktiv zusammengearbeitet und für unsere jeweiligen Anliegen Mehrheiten gesucht.

Natürlich wurde und wird ausführlich diskutiert und auch manchmal gestritten.

So funktioniert Demokratie. Die Mehrheit entscheidet.

So wird es auch künftig in Neu-Anspach laufen. Es werden Entscheidungen auf demokratischer Basis getroffen.

Neu-Anspach beschäftigt viele Dinge.

Nur weil es hier mit einer Fraktion Streit um ein einziges Thema gibt, heißt das ja nicht, dass eine konstruktive Zusammenarbeit im Stadtparlament nicht möglich ist.